

25.9.2012

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD – UGÖD lehnen den vom BKA eingebrachten Begutachtungsentwurf einer Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst entschieden ab.

Die UGÖD fordern den neugewählten Nationalrat, Bundeskanzler, Bundesregierung und die für die kommende Legislaturperiode angelobten MinisterInnen in BKA, BMUKK, BMF auf, mit den Sozialpartnern und im Parlament Einigung über die notwendigen Bildungs- und Bildungsbudget-Reformmaßnahmen zu erzielen und damit die bisher fehlenden Voraussetzungen für ein einheitliches, praxistaugliches und reform-offenes PädagogInnendienstrecht zu schaffen.

Notwendige Bildungs- und Bildungsbudget-Reformen vor oder im Gleichklang mit der Dienstrechtsreform für den Pädagogischen Dienst:

- **Schulverwaltungsreform** – eine Bundeskompetenz für den gesamten Schulbereich, eine Bundespersonalstelle mit nachgeordneten Dienststellen in den Bundesländern, Umsetzungskompetenz (eigenverantwortliche Unterrichts- und Schulgestaltung, Personaleinsatz, Schulbudgets für den Sachaufwand) für autonome Schulen (vgl. dazu auch die Begutachtung durch den Rechnungshof) mit demokratisch gewählten Schulleitungen, die dem Dienstgeber Bund ebenso verantwortlich sind wie der Schulgemeinschaft.
- **Sozial-integrative, individuell fördernde Schulorganisationsreform** (gemeinsame ganztägige Schule der Primarstufe und Sekundarstufe I) – Pflichtschulabschluss für alle als Grundlage für Berufsweg und Bildungsweg der Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe, BMHS, BS)
- **Ende des Aufnahmestopps, Aufnahme von freizeitpädagogischem, sozial-pädagogischem und psychologischem Personal** in den Pädagogischen Dienst zur Verbesserung der Schulqualität, Aufnahme von **Verwaltungspersonal** zur Entlastung von Schulleitungen, LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern
- **Bereitstellen der erforderlichen Bildungs-Budgetmittel für Schule und Schulreformen** (inclusive PädagogInnenbildung, -weiterbildung und Dienstrecht NEU) und **Effektivierung des Mitteleinsatzes durch Schulverwaltungsreform** (Abbau von Mehrgleisigkeiten und

Weisungshierarchien, transparente Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung in einer Hand).

- **Sicherung und Ausbau des öffentlichen Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesens** braucht eine **soziale Steuerpolitik** zur Umverteilung gesellschaftlich geschaffenen Reichtums, Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Ein LehrerInnendienstrecht taugt weder als Ersatz für versäumte Bildungs- und Verwaltungsreformen noch zum Vehikel für partei- und standespolitische Besitzstandswahrung. Es geht um die Zukunft unserer Kinder! Kein Kind darf zurückgelassen, keines darf beschämt werden. Bildung kostet. Österreich ist ein reiches Land.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD teilen die in der Stellungnahme der parteiunabhängigen ÖLI-UG¹ vom 9. September 2013 getroffenen Feststellungen über die Notwendigkeit eines neuen, allen LehrerInnen gemeinsamen PädagogInnen-Dienstrechts, das den Bildungsinteressen der Gesellschaft entspricht und die ArbeitnehmerInnen-Interessen der LehrerInnen berücksichtigt. Wir bekräftigen die daraus abgeleiteten Forderungen:

„Der von der Regierung ohne sozialpartnerschaftliches Verhandlungsergebnis ausgeschickte Begutachtungsentwurf vom 13. August 2013 entspricht nicht den sozialen und pädagogischen Notwendigkeiten einer demokratischen Schule und den Ansprüchen der ArbeitnehmerInnen auf ihren Aufgaben entsprechende Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Einkommen.

Die ÖLI-UG lehnt den von der Bundesregierung am 13. August 2013 vorgelegten Entwurf der „Dienstrechtsnovelle 2013 - Pädagogischer Dienst“ ab.

Die ÖLI-UG fordert die Nationalratsabgeordneten und die Mitglieder der neuen Bundesregierung auf, ohne Verzug und unter Einbeziehung der Begutachtung in ernsthaften und ergebnisorientierten sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen mit der Gewerkschaft ein neues LehrerInnendienstrecht zu erarbeiten und dem Nationalrat ein zukunftsorientiertes vorzulegen,

- *das gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Anforderungen an Schule und Unterricht und demokratischen Grundwerten entspricht,*
- *das den ArbeitnehmerInnen-Interessen der LehrerInnen gerecht wird,*
- *das bestehende Arbeitsplätze sichert und zusätzliche qualifizierte Arbeitsplätze schafft - auch und gerade in Krisenzeiten.“*

Für die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst

Beate Neunteufel-Zechner, Vorsitzende

Reinhart Sellner, Vorsitzender

¹ http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/ME/ME_00542_16/index.shtml